

klar+text

Seite 2:

Carpe diem –
wie ein Volk Politik
in die Hand nimmt

Seite 4:

Interview mit Kay-Uwe
Papenroth zum bevor-
stehenden Volksentscheid

Seite 7:

Mehr Bürgerbeteiligung
durch neues
Volksabstimmungsgesetz

GEIZ IST ... KURZSICHTIG!
WIR SCHAFFEN PLATZ FÜR ZUKUNFT.

~~Ja~~ zum Beschluß
auf Gebotsplanung zur
Erhaltung der Energie-
versorgung von Anfang an

23. Januar
Volksentscheid

23. JANUAR VOLKSSENTSCHEID

Carpe diem – nutze den (ganzen) Tag

Ein historischer Wahltag oder wie ein Volk Politik in die Hand nimmt

von Eva von Angern



Am 23. Januar 2005 ist es nun soweit: Die Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt können zur Wahlurne schreiten. Bei der Wahl geht es aber nicht um irgendeine Partei, sondern um ein Gesetz – das Kinderbetreuungsgesetz. Der in diesem Gesetz verankerte Rechtsanspruch für alle Kinder für einen ganzen Tag galt mit geringen Veränderungen 13 Jahre lang über sämtliche Regierungen in Sachsen-Anhalt.

Doch dann kamen 2002 CDU und FDP, die in ihrem Wahlkampf und auch in ihrer Koalitionsvereinbarungen versprochen, die Kinderbetreuung im Land nicht anzufassen. Doch erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. So legte der „Kinderminister“ schon im ersten Jahr seiner Amtszeit einen Gesetzentwurf vor, der Kinder einteilte in Kinder von Vollerwerbstätigen und Kinder von Erwerbslosen. Dank der SPD wurde dieser Entwurf noch einmal verschlimmbessert, so dass zu den Kindern der Erwerbslosen auch die Kinder der Teilzeiterwerbstätigen dazu kamen.

Doch über 300.000 Menschen im Land fanden, dass Kinder wichtiger als Beton sind und sammelten Unterschriften gegen dieses Gesetz. Doch auch das änderte den Willen der Landesregierung nicht. Sie hielt an ihrem Gesetz fest. Dieser Umstand führt nun zu dem besagten Wahltag.

Nachhaltige Entscheidung für die Politik in Sachsen-Anhalt – und darüber hinaus

Das ist ein im Land Sachsen-Anhalt einmaliger Vorgang. Die mehr als zwei Millionen Wahlberechtigten sind aufgefordert, ihre Meinung zu dem Gesetzentwurf des „Bündnisses für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ abzugeben. Sie werden darüber entscheiden, ob Kinder weiterhin aufgrund des Erwerbsstatus ihrer Eltern teilweise von Bildungsangeboten in Kindertagesstätten ausgegrenzt werden. Diese Entscheidung wird sehr nachhaltig für die Politik in Sachsen-Anhalt sein. Es geht dabei nicht nur um viel Geld, sondern vielmehr um einen politi-

schen Paradigmenwechsel. Die Politikerinnen und Politiker dieses Landes sind bei einem Erfolg des Volksentscheides in der Verantwortung, diesen Volkswillen umzusetzen. Nicht nur das, es wird deutlich, dass viele Menschen in Sachsen-Anhalt eine andere Prioritätensetzung von der Politik einfordern.

Ein Erfolg des Volksentscheides wird aber auch eine bundesweite Ausstrahlung haben. Bei der Argumentation, warum eine Investition in die Zukunft eines Landes, in die Kinder, oberste Priorität hat, kann die Landesregierung die PDS hinter sich wissen.

Einmalige Chance der direkten Einflussnahme für Bürgerinnen und Bürger

Das momentan gültige Kinderförderungsgesetz enthält ebenso wie der dem Volksentscheid zugrunde liegende Gesetzentwurf einen Bildungsauftrag. Der gravierende Unterschied ist jedoch, dass unter den momentanen Bedingungen der Bildungsauftrag nicht für alle Kinder in allen Einrichtungen des Landes so umsetzbar ist. Nicht nur, dass Bildung ein Prozess ist, der am gesamten Tag statt findet und dementsprechend von einem Teil der Kinder nicht wahrnehmbar ist. Es ist auch mit diesen Rahmenbedingungen nicht möglich, dass alle Erzieherinnen und Erzieher sich in der erforderlichen Weise fortbilden und damit das Bildungskonzept umsetzen. Hinzu kommt, dass die Erhöhung des Betreuungsschlüssels sich ebenfalls nachteilig und für Erzieherinnen und Erzieher auch demotivierend auswirkt.

Der Volksentscheid ist in naher Zukunft eine einmalige Chance für die in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen, auf Politik unmittelbar Einfluss zu nehmen, die sie sich niemand entgehen lassen sollte. Es werden keine Politiker gewählt, die nur ihrem eigenen Gewissen gegenüber verpflichtet sind, sondern es geht um ein ganz konkretes Gesetz, das alle vorab einsehen können.

Die finanzielle Einnahmesituation und die momentan hohe Verschuldung des Landes dürfen dabei natürlich nicht außer Acht gelassen werden. Auch die PDS hat bei ihrem Finanzierungsvorschlag das Geld an anderer Stelle abgezogen. Doch es wäre ein nachhaltiger Fehler, wenn wir nicht alles uns mögliche täten, um Kinder zu fördern. Ein Fehler, der nicht wieder gut zu machen ist.

Liebe Wählerinnen und Wähler! Carpe diem – nutze den Tag – am 23. Januar 2005 ist der Volksentscheid für eine gleichberechtigte Förderung von Kindern!

Eva von Angern ist kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der PDS und Stadtvorsitzende der PDS Magdeburg.

KOLUMNE

Carpe diem –
nutze den (ganzen) Tag Seite 2

SEITE 3

Die PDS zu Gast im Kabinett des
Dr. Caligari, oder war da noch was? .. Seite 3

Wie halten wir's mit dem Regieren? .. Seite 3

INTERVIEW

Gespräch mit Kay-Uwe Papenroth
zum bevorstehenden
Volksentscheid Seite 4

THEMEN

Mehr Bürgerbeteiligung durch
Änderung des Volksabstimmungs-
gesetzes möglich! Seite 7

Familie werden ist nicht schwer,
Familie sein dagegen sehr... Seite 8

Bierdeckel oder
besser Gerechtigkeit? Seite 9

15 Jahre PDS Seite 10

Politische Bildungstage
in Bernburg Seite 11

JUGEND

„I love my country, it's the
government I'm afraid of“ Seite 11

REGIONALES

In neuer Verantwortung für
soziale Gerechtigkeit! Seite 12

Basiserfahrung Seite 12

DOKUMENTIERT

Streitbar für Veränderung! Seite 13

Termine Seite 7

Briefe Seite 15

Impressum Seite 15

klartext

Liebe Leserinnen und Leser,
an dieser Stelle einen herzlichen Dank für Ihr
Interesse an unserem Magazin. Vielleicht
lesen Sie ja mittlerweile den klartext regel-
mäßig? Wir sind ständig bemüht, Ihnen inter-
essante Themen in einem modernen Layout
näher zu bringen. Wie Sie wissen, wird der
klartext gänzlich aus Spenden finanziert. Wir
würden uns freuen, wenn Sie uns in unserer
ehrenamtlichen Arbeit durch eine Spende
unterstützen würden.

Ihre Redaktion

PDS Sachsen-Anhalt
Spendenkonto 118 825 901
Deutsche Bank 24 · BLZ 810 700 24
Kennwort: klartext

Kontakt

PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Redaktion klartext
Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
Tel.: 0391/7 32 48 40
Fax: 0391/7 32 48 48
landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de
www.pds-sachsen-anhalt.de

Die PDS zu Gast im Kabinett des Dr. Caligari, oder war da noch was?

von Dr. Achim Bittrich

Ja, ein Bundesparteitag einmal in anderer Atmosphäre. Der Filmpark macht schon was her, und das ist eben nicht die spröde Aura eines klassischen Tagungssaals. Das scheint auch eine gewisse Wirkung bei den Delegierten hinterlassen zu haben, denn mit Ausnahme einiger hinreichend bekannter Verdächtiger war gegenüber vorhergehenden Parteitag das Gesamtklima deutlich konstruktiver und harmonischer. Das heißt nicht, dass Differenzen unter den Teppich gekehrt wurden, aber in der Regel wurden sie kulturvoll ausgelebt.

Der nach der Behandlung einer Unzahl von Änderungsanträgen letztendlich beschlossene Leitantrag ist aus meiner Sicht eine solide Grundlage für das politische Agieren in den nächsten Jahren. Sicher wird es noch viele Debatten geben um das strategische Dreieck, um das Wechselverhältnis von Opposition und Gestaltung oder um die notwendige Selbstveränderung. Eine deutliche Mehrheit hat hier Pflöcke für die Zukunft eingeschlagen, gehen müssen wir den Weg jetzt alle gemeinsam. Aber es gab für mich auch einen Wermutstropfen, den Europaantrag. Hier haben wir wieder mal eine Debatte und gleichzeitig das Ergebnis beschlossen. Für die angestrebte Änderung des Statuts mochte sich wohl kaum jemand erwärmen, es war ja eben noch kein Beschluss. Parteireform spiel-

te im Plenum die gewohnte Nebenrolle, nicht aber in den Gesprächen im Foyer. Beschlüsse zum Fleischverbrauch in und bei der PDS oder zur Außengestaltung des KL-Hauses haben wir nicht gefasst. Auch das zeugt wohl von einem gewachsenen politischen Willen. Gewählt wurde auch. Nachdem sich die Delegierten trotz heftiger Schelte Einzelner der Knechtung durch die kapitaldominierte manipulierte Gesellschaft unterworfen und sich für eine TED-Wahl entschieden hatten, ging das deutlich schneller als gewohnt, und die kleinen technischen Pannen waren wohl eher ein Grund für Heiterkeit. Und die Wahlkommission konnte wenigstens ab nachts halb zwei am pulsierenden Potsdamer Nachtleben teilhaben. So was hätte die Antragskommission wohl auch sehr gern, denn ihre Belastung war diesmal deutlich höher.

Ein Rückblick auf den Parteitag ohne den Genossen Gregor ist unvollständig. Nicht planbar im Inhalt und Umfang versprühte er Witz und Charme gekoppelt mit scharfer Zunge in seiner Rede, die Mut für und Lust auf Politik machen konnte. Davon brauchen wir deutlich mehr, und nicht die Verbissenheit und Langeweile, die von einigen Beiträgen ausgestrahlt wurde. Politik soll ruhig auch mal Spaß machen dürfen.

Die Beschlüsse sind gefasst, ein Grundstein für kommende Erfolge gelegt. Die Bundes-

tagswahl 2006 ist damit jedoch noch nicht erfolgreich gestaltet. Wir sollten aber das beherzigen, was uns der Bundesarbeitsausschuss Parteireform mit auf den Weg gegeben hat. Beschlüsse allein reichen nicht, es kommt darauf an, sie konsequent und ideenreich umzusetzen. Und nicht zu warten, ob da noch was von oben kommt. Und da steht als nächstes die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen an, die eine Herausforderung für die gesamte Partei ist.

Ach ja, da war noch was. Die Versorgung in den nur selbstbestimmt zu wählenden Pausen an Imbisskiosken bei dem Schmutdelwetter mag nicht jedermanns Sache sein. Ganz hart wurde es am Samstag Abend nach neun für diejenigen, die noch das Bedürfnis nach Kaffee verspürten. Fehlanzeige, denn das, was es noch gab, verdiente den Namen nicht. Aber jeder Morgen macht alles neu, und so dürfte die Mehrheit der Delegierten und Gäste so wie auch ich mit frischem Kaffee im Bauch und mit Optimismus für die nächsten Monate nach Hause gefahren sein.

Dr. Achim Bittrich ist stellvertretender Landesvorsitzender der PDS Sachsen-Anhalt und war Delegierter des Bundesparteitag in Potsdam am 30./31. Oktober 2004 für den Stadtverband Halle.

Wie halten wir's mit dem Regieren?

von Klaus-Dieter Iffarth

Ich stelle mir vor, am Sonntag sind Bundestagswahlen. Wir haben einen konstruktiven, ideenreichen Wahlkampf geführt, mit eingängigen Parolen. Und wir gewinnen mit über 50 Prozent der Wählerstimmen. Wir können uns schlecht drücken und müssen die Regierungsverantwortung übernehmen. Die Kassen sind aber genauso leer wie am Vortag. Der Machtapparat ist der gleiche, wie am Tage zuvor. Vielleicht sind wir noch nicht einmal in der Lage zu regieren, weil wir es nicht geübt haben. Es wäre wohl das Schlimmste, was uns passieren könnte.

Nein, so lässt sich dieses System bestimmt nicht verbessern und schon gar nicht verändern zu einem neuen gesellschaftlichen Miteinander. Tausende kleiner Schritte und ein sicher langer Prozess sind erforderlich.

Wir kämpfen um die besseren Konzepte und vielleicht haben wir sie sogar. Aber die Übernahme von Verantwortung lehnen wir ab, weil wir die Oppositionsbank erst dann verlassen wollen, wenn unsere Mehrheit gesichert ist. Die Menschen würden sich bald von uns abwenden: Wer braucht schon Klugscheißer?! Natürlich birgt das Engagement als Koalitionspartner die Gefahr, sich zu verhehlen. Viel Geschick ist in Verhandlungen

zu Kompromissen nötig. Manchmal muss man auch dankend ablehnen oder sich aus einer Koalition zurückziehen. Aber genauso existieren die Chancen der direkten Einflussnahme. In Berlin ebenso wie in Mecklenburg-Vorpommern spüren wir, dass solch ein Weg nicht ohne blaue Flecken und Rückschläge zu beschreiten ist. Aber deshalb sich zurückziehen? Fallen wir nicht dann auch unseren Bürgermeistern und Landräten mit PDS-Mandat in den Rücken? Besser ist es, unsere Genossen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zu unterstützen. Schauen wir ihnen lieber über die Schulter, zum Lernen, zum Helfen und sicher auch ein wenig zum Aufpassen. Schwere Aufgaben können nämlich auch betriebsblind machen. Unseren Genossinnen und Genossen die Probleme des Mitregierens in einem föderalen Staat erklären, sie auch besser informieren über Erfolge unserer Minister, wird immer wichtiger. Nur so können wir vorankommen und nur so können wir auch vermitteln, dass wir regierungstauglich sind. Wir haben Lösungen zu bieten, die von den Menschen gebraucht werden.

Aber eben mit dieser Vermittlung haben wir Probleme. Wie sonst ist es zu erklären, dass

aus den Reihen unserer Partei Forderungen nach Austritt aus den Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gestellt werden? Wie sonst ist es zu erklären, dass genauso vor dem Eintritt in weitere Koalitionen gewarnt wird?

So wählen wir 2006 den Landtag von Sachsen-Anhalt neu. Zurzeit liegen wir bei Umfragen teilweise über 25 Prozent. Sollte unser Abschneiden dann in dieser Höhe oder sogar besser ausfallen, müssen wir uns auch bekennen. Möglicherweise zur Übernahme von Verantwortung, von Regierungsverantwortung.

Schreiben wir also unsere Wahlprogramme so:

- dass sie taugen, um von der Oppositionsbank aus konstruktiv Betrieb zu machen,
- dass sie tauglich sind für Koalitionsverhandlungen und zum Mitregieren und
- dass sie erst recht zum Regieren taugen.

So sollte es sein. Damit wir fit sind für nächsten Wahlkämpfe.

Klaus-Dieter Iffarth ist Kreisvorsitzender der PDS Saalkreis und war Delegierter des Bundesparteitages der PDS in Potsdam.

„Kinder aus sozial benachteiligten Familien laufen bei den heutigen Bedingungen Gefahr, nach der Schulbank auf der Bank des Arbeitsamtes zu sitzen“

Interview mit Kay-Uwe Papanroth vom Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ zum bevorstehenden Volksentscheid

Heute kam die Meldung über das Urteil des Landesverfassungsgerichtes, wonach der Halbtags-Rechtsanspruch für eine Kinderbetreuung von Arbeitslosen rechtens ist. Was sagen Sie als Vertreter des Bündnisses „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ dazu?

Ich kenne die Urteilsbegründung nicht. Beim mdr war zu lesen, dass der Anspruch nur auf eine Halbtagsbetreuung für Kinder von arbeitslosen Eltern gerechtfertigt ist. Es sei dem Land zuzugestehen, dass es vor allem Eltern besonders fördert, wenn sie erwerbstätig sind. Damit entstünde keine Benachteiligung der Kinder von arbeitslosen Eltern und der Gleichheitsgrundsatz sei dadurch auch nicht verletzt. Das wundert mich, weil für mich der Rechtsanspruch auf Betreuung nach Bundesrecht im Kinder- und Jugendhilfegesetz vom Kind ausgeht und eben nicht von den Eltern. Mich irritiert, dass dieser Rechtsanspruch vom Landesverfassungsgericht über die Eltern definiert wird, anstatt den individuellen Förderbedarf der Kinder zum Maßstab zu machen. Kindertagesstätten sind doch nicht nur dafür da, auf die Kinder aufzupassen, damit die Eltern arbeiten gehen können. Das wird unserem Anspruch an moderne Kindertagesstätten überhaupt nicht gerecht.

Heißt das, dass die Ansprüche an die Kinderbetreuung, die die Volksinitiative und die Rechtssprechung verfolgen, ganz grundsätzlich auseinander laufen?

Ja. Wir haben einen völlig anderen Blickwinkel. Kindertagesstätten haben einen Auftrag in Richtung Bildung, in Richtung Förderung, und den haben sie individuell auf das Kind bezogen zu erfüllen. Kindertagesstätten sollen auch familiäre Unterschiede in den Startbedingungen der Kinder ausgleichen. Ich sehe doch nicht ein, warum ein Kind, das einen höheren Förderbedarf hat, weil es etwas

schwerer lernt, die vorhandenen Bildungsangebote nicht maximal in Anspruch nehmen kann, bloß weil die Eltern in Sachsen-Anhalt keine Arbeit finden. Das ist für mich völlig konfus.

In der gegenwärtigen Novellierung der Landesverfassung wurden auch die Quoren für eine Volksgesetzgebung abgesenkt. Sehen Sie das auch als einen Sieg Ihrer Arbeit an?

Ja, denn die direktdemokratische Mitbestimmung der Bürger – man sagt: die plebiszitären Elemente (das hört sich immer so gewaltig an) – war eine Sache, die lediglich auf dem Papier stand. Sie waren eher abstrakt bis zu dem Zeitpunkt, als Bürger das erste Mal dieses Recht in Anspruch genommen haben. Da begann für alle Beteiligten ein Gewöhnungsprozess, insbesondere für die Regierenden. Man erinnere sich nur an die erste Landtagsitzung, wo wir das Gesetz eingebracht haben. Es ging hoch her. Insofern ist das Volksbegehren allein für die Etablierung dieser basisdemokratischen Elemente wichtig. Dass wir jetzt in Sachsen-Anhalt den ersten Volksentscheid erleben, halte ich – unabhängig vom Thema – für einen tollen Erfolg. Und was das Thema betrifft, um so mehr, weil die Förderung der Kinder eine wirklich wichtige Angelegenheit für die Gesellschaft ist. Ich finde es

ist eine Supersache, dass jetzt alle Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt darüber abstimmen können und nicht nur wenige Abgeordnete im Landtag.

Keiner wollte die Hand ins Feuer legen, dass es diesmal gelingt, einen Volksentscheid zum Thema Kinderbetreuung zustande zu bringen. Die beiden Hürden Volksinitiative und Volksbegehren mit ihren Unterschriftssammlungen sind erfolgreich gemeistert. Wie geht es jetzt weiter?

Wir haben jetzt kaum noch Möglichkeiten, das Verfahren in irgendeiner Weise zu beeinflussen. Mit der Entscheidung des Landtags vom 15. Oktober diesen Jahres war ein Automatismus verbunden. Die Landesregierung hat das begehrte Gesetz abgelehnt. Das führt nach dem Volksabstimmungsgesetz automatisch zum Volksentscheid. Die große Herausforderung ist jetzt, die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, zu den Wahlurnen zu gehen, denn für einen Erfolg benötigen wir ein Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung. Das sind summa summarum weit über 520.000 Einwohner. Nicht eine Partei, die jetzt im Landtag vertreten ist, hat bei der letzten Wahl eine solche Stimmenzahl gehabt. Der Wahlsieger CDU hatte 433.521 Stimmen. Die 520.000 Stimmen sind eine Herausforderung an uns, an unsere Strukturen, an jeden Einzelnen, der im Bündnis mitarbeitet..

Noch einmal zu den Zahlen: Sachsen-Anhalt hat ca. 2,1 Millionen. Wahlberechtigte. Bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr hatten wir eine Wahlbeteiligung von 42 Prozent. Bei kommunalen Wahlentscheidungen ist die Beteiligung sowieso sehr tief und ist in den letzten Jahren im Sinken. Nehmen wir eine etwa gleiche Beteiligung am Volksentscheid an, dann heißt das, es müsste mehr als jeder Zweite mit Ja für den Gesetzentwurf des Bündnisses stimmen. Wie will das Bündnis das hinkriegen?

Ich gehe davon aus, dass die Leute, die zur Wahlurne gehen oder sich an der Briefwahl beteiligen, potenzielle Unterstützer sind. Die Landesregierung hat nicht die Courage besessen, dem Gesetzentwurf des Bündnisses irgendetwas im Volksentscheid entgegenzustellen. Sie hatte nicht die Courage zu sagen: Okay, wir brauchen in diesem Land eine Grundwertediskussion, wir brauchen eine



inhaltliche Diskussion über die Frage der Kinderbetreuung, der Förderung, also stellen wir unser Gesetz dagegen. Insofern haben die Bürger jetzt nur noch die Möglichkeit zu sagen: Ja, wir wollen das Gesetz, das das Bündnis will, oder Nein. Für „Nein“ muss ich nicht ins Wahllokal laufen, für „Nein“ bleibe ich zu Hause. Wir müssen der Bevölkerung bis zum Wahltag noch einmal genau erklären, warum sie guten Gewissens mit „Ja“ stimmen kann. Dabei müssen wir auch von dieser leidigen Diskussion wegkommen, dass wir nur dafür kämpfen, dass Arbeitslose ihre Kinder nachmittags in die Tagesstätte bringen können. Wir wollen mehr. Der Wahlkampf dafür wird hart werden, zumal wir ja keine Möglichkeiten haben, groß Werbemittel zu finanzieren.

„Ich sehe doch nicht ein, warum ein Kind, das einen höheren Förderbedarf hat, weil es etwas schwerer lernt, die vorhandenen Bildungsangebote nicht maximal in Anspruch nehmen kann, bloß weil die Eltern in Sachsen-Anhalt keine Arbeit finden.“

Was kann getan werden, dass die Leute zur Wahl gehen, wenn es kaum Geld gibt, um Werbung zu machen?

Gute Frage. Wir sind jetzt dabei, die Strukturen, die wir im Volksbegehren hatten und die sich auch bewährt haben, wieder zu aktivieren. Wir werden auch mit Plakaten, Aufklebern, Kalendern und solchen Sachen versuchen, zu informieren. Aber wir haben dafür keinen Etat. Wir haben nicht solchen Etat, wie ihn jetzt der Sozialminister zur Verfügung gestellt bekommen hat, um uns platt zu machen, sage ich mal vorsichtig. Trotz knapper Kassen hat er 500.000 Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt bekommen für sonstige Pressearbeit. Da wissen wir doch, wo es hingeht. Solchen Etat haben wir nicht. Ich hoffe, dass in der Bevölkerung wahrgenommen wird, welches Schattenboxen schon jetzt beginnt. Dieses Bündnis für Familie, das sich da heute in der Zeitung präsentiert, ist für mich bisher nur ein Papiertiger, aber es sieht natürlich schön aus, wenn man sich als Ministerpräsident mit den Kindern ablichten lässt. Solche Sachen hatten wir ja schon einmal im Wahlkampf: „Wir werden das Kind schon schaukeln“. Ich sag noch einmal: Wir sollten sie an den Taten messen! Es ist Wahlkampf, und wir stehen in einer schlechteren Position, weil wir nicht die Mittel dafür haben, diesen Hochglanzbildern etwas entgegenzustellen. Wir werden versuchen, vor Ort in die Diskussion über Inhalte zu gehen.

Ein Problem von Wahlkämpfen ist, an die Bürger heranzukommen. Das kostet Geld. Sie haben gerade dargelegt, dass Geld kaum da ist. Wie will denn das Bündnis an die Bürger herankommen. Gibt es Zeichen und Initiativen von den Medien, dass sie den Volksentscheid unterstützen, dass sie sich anbieten, Mittler für das Thema zu sein? Gibt es entsprechende Kontakte zu Journalisten, Verlegern oder Rundfunkveranstaltern?

Na ja, man soll ja die Presse nicht angreifen. Das wäre tödlich. Aber wenn ich mir manche Kommentare in Tageszeitungen ansehe, dann dienen die wohl eher dazu, sich als Pressesprecher bei Herrn Böhmer zu bewerben, anstatt unabhängig Bericht zu erstatten. Wir hoffen darauf, dass Presse und Medien ihren

Auftrag, unabhängig und neutral zu informieren, auch wahrnehmen, so dass auch wir die Möglichkeit bekommen, unsere Standpunkte und unsere Meinungen zumindest in einem vergleichbaren Umfang vorzustellen. Wir werden auch versuchen, mit Foren und Diskussionsrunden vor Ort zu arbeiten. Wir werden mit Flugblättern, Handzetteln und so weiter informieren, und wir hoffen darauf, dass uns diese Premiere Volksentscheid, die ja allein vom Verfahren her ein Novum darstellt, auch in der Presse und in den Medien Gehör verschafft. Wir werden sehen.

An wen können sich Bürger, die den Volksentscheid unterstützen wollen, wenden und was können sie tun?

Es gibt in jedem Landkreis Sachsen-Anhalts eine Regionalstelle des Bündnisses, wir haben das nach unten aufgliedert. Weil wir nicht alles alleine machen können und auch nicht wollen, gibt es in jedem Landkreis einen Ansprechpartner, in der Regel auch ein Büro. Oft sind das ehrenamtliche Mitarbeiter von Gewerkschaften, es sind auch Parteien, die Räume zur Verfügung stellen. Die Übersicht darüber ist direkt bei unserem Bündnis zu bekommen, man kann sie auch im Internet finden: www.buendnis-kinder.de. Die Seite wird gerade aktualisiert. Ansonsten haben wir einen Sprecherrat, der ist auf allen Plakaten zum Volksbegehren mit Telefonnummer zu finden gewesen. Wir stehen für jeden landesweit zur Verfügung und fahren, wenn es

dann soweit ist, vor Ort zu den Veranstaltungen zum Volksentscheid. Jeder kann seine Bekannten und Nachbarn auffordern, für den Bündnis-Gesetzentwurf zu stimmen. Wenn das alle machten, würden wir erfolgreich sein.

Ein Volksentscheid ist eine Generationen übergreifende Aktion. Bei den Unterschriftensammlungen war es einfach, die Eltern- und die Großelterngeneration anzusprechen. Von den mittleren Jahrgängen hörte man oft: Kein Bedarf, betrifft mich nicht. Was muss getan werden, dass tatsächlich alle Altersgruppen den Volksentscheid als ihr Anliegen aufgreifen? Was gibt es Neues, um gerade diese mittlere Altersgruppe für ein „Ja“ zu motivieren?

Man könnte ihr jetzt etwas böse damit drohen, dass die mittleren Jahrgänge ja irgendwann in Rente gehen, dass die Kinder, die heute im Kindergarten sind oder gerade in die Schule kommen, die Rente für diese Generation verdienen werden. Wir haben kaum noch Familien mit mehr als einem Kind und ganz viele Familien ohne Kinder – unsere Geburtenrate ist ja wirklich schlimm. Junge Familien verlassen unser Land. Wir haben ein erhebliches demographisches Problem. Im Jahr 2015 werden fünf Mal mehr aus dem Berufsleben altersbedingt ausscheiden, als überhaupt Neueinsteiger da sind. Wenn von denen dann auch noch ein Teil für hochqualifizierte Berufe nicht geeignet ist, weil ihm wesentliche Grundlagen fehlen, dann ist das eine Frage, die auch die mittlere Generation zu interessieren hat. Wir können es uns gar nicht leisten, Ausfälle zu riskieren. Die Sozialsysteme sind ja jetzt schon am Kränkeln. Das merken wir doch überall: bei der Gesundheitsreform, bei der Rentenreform – überall klemmt es. Insofern sollten auch die mittleren Jahrgänge, die vielleicht keine Kinder und Enkelkinder haben, immer daran denken, dass die heutige Kindergartenkindergeneration unsere Sozialsysteme am Leben erhalten muss. Dass kann sie aber nur, wenn alle von Anfang an gefördert und gebildet werden.

Das ist schlüssig, aber wie kriegen wir das an die Leute ran?

Ich kann immer nur hoffen, dass der gesunde Menschenverstand funktioniert. Es sind alle Informationen da, man weiß, dass die Demographie katastrophal ist, es ist bekannt, wie groß die Defizite im Schulbereich sind, PISA und die neueste OECD-Studie belegen das, und man muss eigentlich nur noch eins und eins addieren. Wer das nicht kann oder nicht will oder alles ignoriert, den erreichen wir auch im Volksentscheid nicht. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben jetzt erstmals die Möglichkeit, direkt Einfluss auf solch ein Gesetz zu nehmen, also direkt die Rahmenbedingungen künftiger Entwicklungen zu beeinflussen. Wer da nicht zur Wahl geht und alles ignoriert, kann sich hinterher

nicht beschweren und meckern, denn er hatte die Chance.

Als Einbringer des Gesetzentwurfes haben Sie für das Bündnis vor dem Landtag gesprochen. Was war das für ein Erlebnis?

Na ja. Ich bin in die Landtagsdebatte mit der Erwartung hineingegangen, dass es hier schon etwas heißer wird. Wir waren uns im Bündnis einig, dass alle Inhalte bereits zu Genüge diskutiert wurden. Wir hatten unsere Positionen auch in den Landtagsanhörungen zum Kinderförderungsgesetz ausführlich dargelegt und somit keine Illusionen, dass sich CDU und FDP in der Debatte im Plenum auf einmal von unseren Auffassungen überzeugen lassen. Die Fronten waren klar, die Argumente waren ausgetauscht. Also haben wir die Gelegenheit genutzt, mal darauf hinzuweisen, wie sich die Sache mit dem Volksentscheid so entwickelt hat: wie Herr Böhmer in den Wahlkampf gegangen ist, um die Kinder zu schaukeln, oder die Aussagen des Ministers Kley, mit dem keine Kürzungen bei der Kinderbetreuung zu machen seien, bis hin zu solchen Geschichten, die partei- und machtpolitisch eine Rolle spielen, dass die Leute, die heute das Kinderförderungsgesetz verabschiedet haben – Dr. Daehre oder Frau Feuss-

„Die Kinder aus sozial schwachen Familien werden von Anfang an benachteiligt, sie werden ausgegrenzt, dürfen nicht mehr mitmachen.“

ner zum Beispiel – zu den Unterstützern der 1999 gegründeten Volksinitiative gehörten, als es gegen die Kürzungen ging, die von SPD und PDS beschlossen wurden. Kürzungen, die ja bei Weitem nicht so tragisch waren, wie das, was jetzt von CDU und FDP durchgesetzt wurde. Wir haben den Finger auf die Wunde gelegt und gesagt: Guckt mal Freunde, so habt ihr Euch entwickelt. Damals wart ihr bei der Oscherslebener Erklärung dabei und heute macht ihr so etwas. Das ging dann manchen zu weit. Das Recht eines Nichtabgeordneten im Landtag zu sprechen, der dann nicht huldvoll auf die Knie fällt, sondern noch den Finger auf die Wunde legt, war für einige Abgeordneten etwas zu viel. Bei manchem, zum Beispiel Herrn Kosmehl, hätte ich mir gewünscht, dass er in den Genuss einer Ganztagskinderbetreuung gekommen wäre, um seine soziale Kompetenz ein bisschen zu befördern. Was er da in der Debatte gemacht hat war Stammtischniveau. Es war für die Außenstehenden, die Bevölkerung, erschreckend zu erleben, wie die Umgangsformen in diesem Parlament sind. Ich stand während dieser 15 Minuten ziemlich stark unter Adrenalin, so dass ich das Geschehen in diesem Moment gar nicht verarbeitet habe, das kam

dann hinterher. Im Nachgang war es schon eine Belastung.

Noch einmal zurück zu den Medien im Vorfeld des Volksentscheids.

Die Volksstimme war in der Zeit, als die SPD in der Minderheitsregierung war, ein Blatt, das jede Verfehlung der Regierenden bis ins kleinste Detail verfolgt hat. Immer den Finger drauf, noch mal nachgehakt. Richtig so, aber was ist die damalige Dienstwagenaffäre von Herrn Höppner im Vergleich zu dem heute vor dem Landtag geplanten Parkhaus? Ich wünsche mir eine von parteipolitischen Einflüssen freie Berichterstattung der Presse und eine objektive Berichterstattung zum Volksentscheid.

Und die überregionalen Zeitungen?

Da muss man mehr tun.

Welche Erwartungen haben Sie an die Politik und die Gesellschaft?

Ich hoffe, dass die Bedeutung und besondere Verantwortung unserer Kindertagesstätten stärker herausgehoben wird. Die öffentlich geförderten, außerschulischen Freizeitangebote werden als freiwillige Leistungsangebote der finanziell klammen Landkreise zunehmend zurückgefahren. Wenn ich mein Kind über den schulischen Rahmen hinaus noch fördern will, dann muss ich heute kommerzielle Angebote nutzen. Wer kann das? Das können nur Leute, die Geld verdienen. Wer etwas hat, wer es sich leisten kann, der ist in der Lage, seinen Kindern zusätzliche Förderangebote zu bezahlen. Ob das der Klavierunterricht oder der Tanzunterricht ist oder sonst irgendetwas, alles kostet Geld. Dabei ist Klavierunterricht nichts Elitäres, sondern ist wichtig bis hin zur Persönlichkeitsentwicklung, dass man ein Erfolgserlebnis hat als Kind, wenn man dann das erste Lied spielen kann. Ob der Klavierschüler einmal Pianist wird oder nicht, das ist eine ganz andere

„Wir müssen von dieser leidigen Diskussion wegkommen, dass wir nur dafür kämpften, dass Arbeitslose ihre Kinder nachmittags in die Tagesstätte bringen können. Wir wollen mehr.“

Frage. Geld für zusätzliche Angebote haben nicht alle. Unter dem Strich fördere ich damit eine ungesunde Elitenbildung.

Die Arbeitslosen sind, wenn Hartz IV kommt, sowieso nicht mehr in der Lage, zusätzliche Angebote zu bezahlen. Gleichzeitig wird der Förderrahmen in den Kindertagesstätten verringert, weil die Kinder der Arbeitslosen nur noch einen halben Tag rein dürfen. Die Kinder aus sozial schwachen Familien werden von Anfang an benachteiligt, sie werden ausgegrenzt, dürfen nicht mehr mitmachen.

Dann kommen die Kinder in die Schule. Bei den einen sind die Basiskompetenzen, die sie für die Schule brauchen, besser entwickelt, bei den anderen schlechter, gerade dann, wenn ein höherer Förderbedarf vorhanden war, der nicht gedeckt wurde. Nach zehn Jahren verlassen sie die Schule und das Ausbildungsniveau vieler Schulabgänger ist nicht so, wie es sich die Wirtschaft wünscht. Dann verstärkt sich der Trend, dass sich Ausbildungsbetriebe für hochqualifizierte Facharbeiterberufe nur noch Abiturienten suchen. In 15 Jahren werden wir nur noch wenige Berufe haben, die für Geringqualifizierte geeignet sind. Kinder aus sozial benachteiligten Familien laufen bei den heutigen Bedingungen Gefahr, nach der Schulbank auf der Bank des Arbeitsamtes zu sitzen, weil sie nicht zu vermitteln sind. Und das in einer Situation, wo uns Jugendliche fehlen werden! Das ist für mich völlig absurd.

Konzepte, diese Entwicklung wirklich aufzuhalten, bestehen nur aus Lippenbekenntnissen. Das Kinderförderungsgesetz ist das beste Beispiel dafür. Man formuliert einen Bildungsauftrag, weil man sagt, den brauchen wir jetzt nach PISA, aber man untersetzt ihn nicht hinreichend finanziell und personell. Das muss verändert werden.

Wir danken Ihnen sehr herzlich für das Gespräch.

Das Gespräch führten Dr. Martin Reso und Alexander Fuchs.

Kay-Uwe Papenroth (37), ist verheiratet und hat zwei Kinder. Er ist Prüfer für Schlachtbetriebe und Viehhändler im Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung in Dessau. Er ist einer der Sprecher des Bündnisses „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt.“

www.buendnis-kinder.de

Mehr Bürgerbeteiligung durch Änderung des Volksabstimmungsgesetzes möglich!

von Gudrun Tiedge

Am 23. Januar 2005 findet in der Geschichte Sachsen-Anhalts der erste Volksentscheid statt.

Jeder von uns, der sich an den Unterschriftensammlungen zum Volksbegehren beteiligt hat, kann sich noch sehr gut an die Unzulänglichkeiten erinnern. Das begann mit der Erfassung der Unterschriften, wo jeder einzeln befragt werden musste, welcher Meldebehörde er angehört. Das war nicht jedem bekannt, also mussten seitenlange Listen gewälzt werden, um das herauszufinden. Und dann musste die örtlich zutreffende Liste gefunden bzw. eine neue angelegt werden, wenn noch niemand aus dem gleichen Ort da war. Eine unnötige bürokratische Hürde, die es den Unterschriftensammlern sehr schwer machte. Hinzu kommt, dass das Wetter auch nicht gerade Rücksicht auf die Initiatoren von Volksabstimmungen nimmt. Und wer schon einmal bei Regen und Wind am Stand Unterschriften gesammelt hat, weiß, wie beschwerlich dies ist.

Direkte Demokratie zur Verfassungswirklichkeit werden lassen

Unter anderem deshalb entschied sich die Landtagsfraktion der PDS, das geltende Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volkentscheid zu ändern. Nicht erst der Kompromiss aller vier Landtagsfraktionen, die Landesverfassung dahingehend zu ändern, dass nunmehr die Quoren für die Volksgesetzgebung herabgesetzt werden, hat uns veranlasst, diesen Gesetzentwurf einzubringen. Bereits im Wahlprogramm haben wir dies als eines unserer wichtigen Vorhaben angekündigt.

Wir sehen durch die Änderung des Volksabstimmungsgesetzes die Möglichkeit, die Formen direkter Demokratie zur Verfassungswirklichkeit werden zu lassen. Die 1995 beschlossenen gesetzlichen Regelungen für die Einführung von direktdemokratischen Instituten wirkten sich in der Praxis eher hemmend als unterstützend aus. Unser Gesetzentwurf will der Stärkung und Erleichterung der direktdemokratischen Einflussnahme von Bürgerinnen und Bürgern auf die Landespolitik in Sachsen-Anhalt Rechnung tragen.

Nur einige der beabsichtigte Änderungen seien an dieser Stelle erwähnt:

1. Absenkung der notwendigen Zahl der Unterschriften für Volksinitiativen von 35.000 auf 30.000 und Absenkung des Quorums für ein zulässiges Volksbegehren von 250.000 auf elf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung.
2. Zukünftig soll bei der Durchführung eines Volksbegehrens neben der freien Sammlung von Unterschriften auch eine amtliche Sammlung flächendeckend in Behörden



möglich sein, wobei die Kommunen angemessene Öffnungszeiten gewährleisten müssen.

3. Zur Erleichterung der Eintragungen bei Volksbegehren sollen Unterschriften künftig auf getrennt nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten geführten Bögen erfolgen. Die Unterschriftenbögen sind dann nach Landkreisen und kreisfreien Städten geordnet an das Innenministerium zu übermitteln.

Das sind nur ein paar der insgesamt 13 Änderungen, die wir eingebracht haben. Sie sollen die Möglichkeiten der Anwendung direkter Demokratie durch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sowie ihre Erfolgsaussichten erleichtern. Die beabsichtigten gesetzlichen Regelungen werden die parlamentarische Demokratie in Sachsen-Anhalt nicht schwächen; im Gegenteil, staatliche Entscheidungsprozesse werden transparenter und ihre Akzeptanz bei den Menschen erhöht.

Die Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die politische Willensbildung darf nicht auf ihre Teilnahme an Wahlen reduziert werden. Wir wollen ihr gesellschaftliches Engagement durch die Erleichterung der Elemente direkter Demokratie unterstützen. In diesem Sinne hoffen wir auf eine hohe Stimmbeteiligung am ersten Volksentscheid in Sachsen-Anhalt.

Gudrun Tiedge ist rechtspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion und stellvertretende Landesvorsitzende der PDS Sachsen-Anhalt.

Termine der PDS Sachsen-Anhalt

9. Dezember 2004, 19.00 Uhr, Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6
Im Gespräch mit Katina Schubert (Mitglied des Parteivorstandes der Europäischen Linkspartei)

15. Dezember 2004, 17 Uhr, KIZ Magdeburg, Ebendorfer Straße 3
III. Forum zur Programmdiskussion

11. Dezember 2004, 10.00 Uhr, Magdeburg, **Landesvorstandssitzung der PDS**

2. Januar 2005, Friedensweg **OFFENE HEIDe**

4. Januar 2005, 18.30 Uhr, Halle, **Landesvorstandssitzung der PDS**

22. Januar 2005, 9.30 Uhr, **Landespartei-ratssitzung**

25. Januar 2005, 18.30 Uhr, Magdeburg, **Landesvorstandssitzung der PDS**

29. Januar 2005, Beratung mit **Kreisvorsitzenden**

29. Januar 2005, Bad Kösen, **Klausurtagung der Landes-Lisa**

6. Februar 2005, Friedensweg **OFFENE HEIDe**

15. Dezember 2004, 17.00 Uhr, KIZ, Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, **Parlamentarische und außerparlamentarische Wirkungsmöglichkeiten als strategische Bewährungsfelder linker Politik.**

15. Januar 2005, Fahrt zur Gedenkstätte Bergen-Belsen

10. Januar 2005, Wernigerode, Frauenkommunikationszentrum, **Das Modell der solidarischen Bürgerversicherung**

27. Januar 2005, 16.30 Uhr, Magdeburg, Haus der Gewerkschaften, Otto-von-Guericke Str. 6

Was brachte das Betriebsrätegesetz den Arbeitern in Deutschland?

21. Februar 2005, 15.00 Uhr, Magdeburg, Ebendorfer Str. 3, **Die USA – 100 Tage nach der Wahl**

E-Mail: bildungsverein.elbe-saale@t-online.de,
Telefon: 0391/732 49 80

Familie werden ist nicht schwer, Familie sein dagegen sehr...

von Birke Bull

Bündnisse für Familien haben Hochkonjunktur. Deutschland schwant der Ernst der Lage: Familien beantworten eben jenen Ernst der Lage mit dem Verzicht auf Kinder, die demographische Falle schnappt zu. Dennoch ist Familie gewollt – bei Männern und Frauen, bei alten und jungen gleichermaßen. Auf der persönlichen Werteskala findet sie sich nach wie vor auf Platz eins. Gefragt nach dem Warum, wären wohl Liebe, Geborgenheit, Rückzug und Vertrauen die meist genannten Stichworte. Ein Erfolgsmodell also? Wohl kaum, denn von Liebe allein lässt sich nicht leben, schon gar nicht mit Kindern. Der Wirtschaftsspiegel des Jahres 2004 gab an, dass 83 Prozent der dort Befragten im entsprechenden Alter sich in den nächsten zwei Jahren nicht für Kinder entscheiden würden. 48,1 Prozent begründeten das mit den Ansprüchen an die eigene berufliche Entwicklung, 25 Prozent gaben Existenzängste an und 7,5 Prozent sahen darin eine Einschränkung der individuellen Freiheiten. Die Online-Umfrage „Perspektive Deutschland“ von McKinsey und anderen offenbarte im April 2004, dass sich in Sachsen-Anhalt der bundesweit höchste Pessimismus hinsichtlich der Lebensbedingungen für Familien in den kommenden Jahren abzeichnet. Dies war bereits die Diagnose des GenderReports 2003.

Armutrisiko für Kinder wird zum Alltag

Was nun aber behindert den Erfolg des Modells Familie? Zunächst sind es ganz existenzielle Fragen: das Leben mit Kindern ist hierzulande ein Armutrisiko – ein Fakt, der so häufig genannt wird, dass der Skandal dahinter schon kaum noch für wirkliche Enttäuschung sorgt. Die Sozialhilfequote bei Kindern ist im Vergleich zu Erwachsenen doppelt so hoch (6,6 Prozent). Eine Anfrage der Landtagsfraktion der PDS zur Lage von Familien in Sachsen-Anhalt ergab: Ein Viertel der allein erziehenden Mütter müssen mit 900 Euro monatlich auskommen, 15 Prozent davon mit lediglich 700 Euro. Der viel gescholtene Kinderreport 2004 konstatierte: „In Deutschland ist das Armutrisiko für Kinder allein Erziehender achtmal so hoch, in Norwegen sechsmal, in Belgien, Dänemark, Frankreich und Schweden z.B. nur viermal so hoch.“ Das sind Fakten, die für betroffene Familien das wirkliche Leben – der Alltag sind. Überall, wo man etwas lernen kann, kostet´s Geld: im Kino, im Internetcafe, in der Bibliothek. Zu wenig davon macht einsam. Soziale Isolation zu erfahren ist bitter und prägend.

„Kinder kriegen die Leute sowieso“, so ein überlieferter „Adenauer“ zu Zeiten der Renteneinregelung 1957. „Denkste!“, möchte man ihm und allen, die heute noch Verzicht und Bescheidenheit einfordern, entgegenhalten. Menschen verhalten sich nun mal rational, wenigstens ab und zu. Deutschland hat

neben Slowenien die niedrigste Geburtenrate der EU und eine der niedrigsten der Welt. Bis 2050, so eine Studie der Vereinten Nationen, droht die Bevölkerung in Deutschland um ein Drittel, auf 58,8 Millionen zu schrumpfen.

Eine Grundsicherung für Kinder wäre eine der möglichen Antworten auf Kinderarmut. Das Steuerkonzept der PDS sieht vor, durch die Abschmelzung des Ehegattensplittings finanzielle Mittel für eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes freizusetzen. Eine Forderung, die ihr nicht nur Freunde beschert wird, denn das brächte eine Umverteilung von kinderlosen hin zu Familien mit Kindern. Kurzfristig wäre die Einführung von so genannten Familienpässen sinnvoll, mit Hilfe derer vor allem einkommensschwache Familien mit ihren Kindern zu ermäßigten Preisen Kultur- und Freizeiteinrichtungen ihrer Region besuchen können.

Ein nicht abgesprochener, aber erstaunlich konsequenter „Gebärstreik“

Dennoch: Um der Armut zu entgehen, bedarf es in erster Linie eines möglichst gut bezahlten Jobs. Damit wiederum beginnt ein nächster alltägliche Hürdenlauf, beides – Familie und Beruf – stressarm in der Balance zu halten. Immer noch scheint das vornehmlich Frauensache zu sein. Ein deutliches Indiz dafür: das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie vagabundiert in den allermeisten Parteien nach wie vor unter der Überschrift „Frauenförderung“. In der PDS nicht? Wehe dem, der dafür die Hand ins Feuer legen wollte. Dabei sind es vor allem Männer, die beklagen, viel zu wenig Zeit für Familie und Kinder zu haben. Sie sind die eigentlich Benachteiligten. Im wirklichen Leben hält sich ihr Leidensdruck allerdings in überschaubaren Grenzen. Den Löwenanteil der Haus- und Familienarbeit tragen nach wie vor Frauen. Oder sie tragen ihn eben nicht. Sie verzichten zumindest auf die Arbeit, die ein Zusammenleben mit Kindern unumgänglich macht und entziehen sich einem Teil der Doppelbelastung – ein nicht abgesprochener, aber erstaunlich konsequenter „Gebärstreik“.

Frauen kümmern sich um ihre Bedürfnisse, finden Spaß und Befriedigung in beruflicher Entwicklung. Vor allem junge Akademikerinnen empfinden Familie offensichtlich eher als Karrierekiller denn als Gewinngemeinschaft

und entscheiden sich gegen Kinder. In Deutschland leben gegenwärtig 42 Prozent der Akademikerinnen zwischen 35 und 40 Jahren ohne Kinder. Bis 2010 wird sich ihr Anteil voraussichtlich auf 50 Prozent erhöhen. Ihre männlichen Kollegen im gleichen Alter verzichten sogar in noch größerer Zahl auf Nachwuchs. Ein niedrigschwelliges Angebot von Familienpolitik für Männer ist in den skandinavischen Ländern nicht ohne Erfolg geblieben. Dort sind es zum Beispiel mehrere für Väter reservierte Wochen im Erziehungsurlaub, die die Benachteiligung von Männern hinsichtlich einer gerechten Teilhabe an Lust und Frust des Familienlebens zurückgedrängt haben. Der Anteil von Vätern im Erziehungsurlaub hat es zumindest knapp in den zweitstelligsten Bereich geschafft und liegt bei etwa 12 Prozent. Daneben ist die Ausrichtung des so genannten Erziehungsgeldes am Nettolohn längst überfällig. Zumindest in den Lebensgemeinschaften, in denen Frauen und Männer über ähnliche Einkommen verfügen, hätten die Bedürfnisse, denen moderne Väter in sozialwissenschaftlichen Umfragen Ausdrück verleihen, auch die Chance, den Sprung ins wahre Leben zu schaffen.

Politik für Familien richtet sich nicht an Durchschnittswerte. Lebenslagen sind verschieden, so verschieden wie die Wünsche und Bedürfnisse im Zusammenleben eben sind. Politik hat das zu respektieren. Rahmenbedingungen sollten in der Tat Wahlfreiheiten möglich machen. Nur: Wahlfreiheiten sind erst dann Wahlfreiheiten, wenn es nicht der Sachzwang oder die Tradition oder die Erwartungshaltung oder gar die Not oder sonst was ist, was der Wahl die Freiheit nimmt.

Birke Bull ist sozialpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion der PDS.

Vorschläge für ein familienpolitisches Programm der PDS in Sachsen-Anhalt unter www.pdslsa-lt.de

Vorschlag für die Einführung kommunaler Familienpässe und Antworten der Landesregierung auf die Fragen der PDS zur Lage von Familien in Sachsen-Anhalt und zu familienpolitischen Vorhaben der Landesregierung unter www.birke-bull.de



Bierdeckel oder besser Gerechtigkeit?

von Dr. Petra Weiher

Was wäre, wenn ... die Gebrüder Aldi in Sachsen-Anhalt wohnen würden und nach dem PDS-Steuerkonzept Vermögenssteuer zahlen müssten? Dann wäre Sachsen-Anhalt um 757 Millionen Euro reicher – aber nur, wenn wir nicht über den Steuerverbund mit den anderen Ländern teilen würden. Eine unglaubliche Summe, aber bei 30,3 Milliarden Euro Vermögen eigentlich ein Klacks.

Nun, die Wirklichkeit hat uns seit dem 3. November wieder und lautet nach der Steuerschätzung: auch 2005 werden 53 Millionen Euro weniger Steuern in den Landeshaushalt fließen als erwartet. Das ist die Wirklichkeit nach den „großen Steuerreformen“ 2000: die Erwartungshaltung ist hoch – das Ergebnis seit Jahren niederschmetternd.

Ohnehin werden 2005 die Einnahmen geringer werden, da durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer auf 42 Prozent wieder etwa drei Milliarden Euro weniger in die Staatskassen fließen werden. Aber auch die aktuellen Einnahmeentwicklungen bei der Tabaksteuer und der Mineralölsteuer verheißen nichts Gutes. Sollten nach der Bundestagswahl 2006 die Steuerpläne von Merz (CDU) oder Solms (FDP) Wirklichkeit werden, wird sich die Einnahmekurve erneut nach unten bewegen. Nicht durch Entlastung unterer Einkommensbezieher, sondern weil zum Beispiel der Spitzensteuersatz bei dem Merz-Modell auf 36 Prozent herabgesetzt werden soll. Das wäre nicht nur ungerecht gegenüber den sozial Schwachen, sondern die tatsächlichen Verlierer wären Bund, Länder und Kommunen. Denen werden im noch größeren Maße Steuereinnahmen entzogen, obwohl bei der derzeitigen Haushaltssituation der Staat bereits jetzt kaum noch in der Lage ist, seine öffentlichen Aufgaben zu finanzieren. Der Staat braucht mehr Geld und nicht den erneuten Verzicht durch unredliche Steuerabsenkungen. Wir brauchen endlich eine andere Steuerpolitik, eine Politik, die die Binnennachfrage und das Wachstum ankurbelt, gerechter und sozialer ist und gleichzeitig den öffentlichen Haushalten mehr Einnahmen sichert.

Und genau mit diesem Ansatz haben die finanzpolitischen Sprecher und Mitarbeiter der PDS-Landtagsfraktionen ein Steuerkonzept vorgelegt, das nun innerhalb und außerhalb der Partei diskutiert werden muss und offen für Kritik und Lob ist.

Entscheidend waren für uns folgende Zielstellungen: mehr Gerechtigkeit durch Umverteilung der Lasten von oben nach unten, mehr Einnahmen für die öffentlichen Kassen – Steuerneutralität war nicht unser Ziel – und Steuervereinfachung.

Das kann unserer Meinung nach erreicht werden, indem einige wichtige Grundsätze konsequent umgesetzt werden. Dazu gehören die individuelle Besteuerung jedes Einzelnen nach seiner Leistungsfähigkeit und nicht die

Privilegierung einzelner Einkünfte. Damit entfallen bei der Einkommensbesteuerung die Einteilung in Steuerklassen, die Kinderfreibeträge, das Ehegattensplitting und die bisherigen Steuervergünstigungen auf Zuschläge, Eigenheimzulage usw. Aber es gibt auch keine Privilegierung von Einkommen mehr – Lohneinkommen sind genauso steuerpflichtig wie Dividenden, Zinseinkünfte oder Renten. Ja aber, werden viele aufstöhnen, da zahlen wir ja mehr als bisher. Dies wird aber nicht der Fall sein, denn es gibt einen entscheidenden Unterschied zur bisherigen Besteuerung. Der Grundfreibetrag, der jetzt bei etwas über 7.600 Euro liegt, erhöht sich auf 12.000 Euro

für jeden Steuerpflichtigen. Bis zu einem Einkommen in dieser Höhe muss überhaupt keine Steuer gezahlt werden. Dieser Freibetrag oder ein Teil von ihm ist auch auf den Ehepartner oder Lebensgefährten übertragbar, wenn er oder sie ihn selbst nicht ausschöpfen können. Damit werden, wie Beispiele zeigen, bisherige Begünstigungen bereits durch den steuerfrei gestellten Grundfreibetrag aufgefangen. Absetzbar darüber hinaus sind einige wenige Ausnahmen wie die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung oder auch eine Pendlerpauschale. Mit dem Grundfreibetrag und einer Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Euro im Monat sowie einem Eingangssteuersatz von 15 Prozent ab 12.000 Euro können Bezieher unterer und mittlerer Einkommen und Familien tatsächlich entlastet werden. Dagegen wird der Spitzensteuersatz auf 50 Prozent erhöht und setzt ab einem Einkommen von 60.000 Euro ein. Im Vergleich zwischen jetziger Besteuerung und dem PDS-Steuerkonzept werden Steuerpflichtige bis zu einem zu versteuernden Einkommen von 80.000 Euro entlastet. Erst dann greift tatsächlich die höhere Besteuerung und macht auch vor Vermögen nicht halt. Die Vermögenssteuer soll oberhalb des dreifachen Durchschnittsvermögens in Deutschland einsetzen. Durchschnittsvermögen für eine vierköpfige Familie in Deutschland bedeutet ein Haus und 200.000 Euro auf dem Konto - für viele Ost- und Westdeutsche ein unerfüllbarer Traum. Beim PDS-Konzept setzt die Vermögensbesteuerung mit 0,7 Prozent ab 300.000 Euro ein, wobei Kredite abgezogen werden können. Ab einer Million Euro erhöht sich der Steuersatz auf 1,5 Prozent und ab fünf Millionen auf 2,5 Prozent. Dann würden die Gebrü-

der Aldi die besagten 757 Millionen Euro zahlen. Derzeit gibt es etwa 775.000 Millionäre und Milliardäre in Deutschland, so dass Einnahmen von etwa 25 Mrd. Euro durch die Vermögenssteuer kein Wunschtraum, sondern gerechnete Realität wären. Auch Erbschafts- und Schenkungssteuer, Körperschafts-, Umsatz-, Gewerbe- oder auch Grundsteuern sind von uns überdacht, in der Regel vereinfacht und in eine komplexe Betrachtung des Steuersystems eingefügt worden. Jeweils zwei Bundes- und zwei Landessteuern werden sogar ersatzlos abgeschafft. Grund dafür waren neben den doch geringen Einnahmen von Kaffee-, Schaum-

„Entscheidend waren folgende Zielstellungen: mehr Gerechtigkeit durch Umverteilung, mehr Einnahmen für die öffentlichen Kassen und Steuervereinfachung.“

wein-, Bier- und Feuerschutzsteuer die dadurch erbrachte teilweise Kompensation des Verwaltungsaufwandes durch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer.

Am Ende des Prinzips der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen steht keine Null sondern 64 Milliarden Euro mehr für die öffentliche Hand – Geld, was dringend für Schulen, Bildung, Arbeit, Kultur etc. benötigt wird.

Zu den Änderungen bei den wichtigsten Steuern in Deutschland kommt eine Neuordnung der bisherigen Anteile von Bund, Ländern und Kommunen. So sollen die Kommunen ihren bisherigen Anteil von 15 Prozent an der Einkommenssteuer zugunsten von Bund und Ländern aufgeben. Im Gegenzug lassen Bund und Länder bei der Umsatzsteuer los: hier erhöht sich der kommunale Anteil auf 20 Prozent. Damit würden den Kommunen allein aus der Neuverteilung der Gemeinschaftssteuern drei Milliarden Euro mehr als bisher zufließen. Mit einem erhöhten Gewerbesteueraufkommen und der Abschaffung der Gewerbesteuerumlage würde sich das Mehraufkommen für die Kommunen auf 15 Milliarden Euro erhöhen. Ebenso gewinnen Bund und Länder durch das PDS-Steuerkonzept, die Länder erhalten 24 Milliarden und der Bund 25 Milliarden Euro mehr. Damit sind längst nicht alle Wünsche erfüllt. Aber die Umsetzung des PDS-Konzeptes würde der Krise der öffentlichen Haushalte ein Stoppzeichen setzen und eine Wende zu mehr sozialer Gerechtigkeit ermöglichen.

Dr. Petra Weiher ist stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der PDS Sachsen-Anhalt.

15 Jahre PDS

von Dr. Angelika Klein

Als mich vor einigen Tagen die klartext-Redaktion fragte, ob ich einen Artikel zu 15 Jahren PDS schreiben würde, hatte ich ohne Nachdenken Ja gesagt. Man hat ja so seinen Stolz als Historikerin. Wie leichtfertig diese Zusage war, merkte ich später beim Schreiben. Die Schwierigkeiten fangen schon beim Geburtsdatum an. Die Gründung der PDS war keine Neugründung, sondern sie erfolgte als Selbstveränderung eines Teils einer alten Partei und war ein Prozess, der am 3. Dezember 1989 begann. An diesem Tag traten das Politbüro und das ZK der SED zurück und ein „Arbeitsausschuss zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitag“, den Herbert Kroker leitete und dem u.a. Gregor Gysi, Lothar Bisky, Wolfgang Pohl und Roland Claus angehörten, übernahm die Verantwortung für die Partei. Dieser außerordentliche Parteitag begann am 8./9. Dezember 1989 und fand seine Fortsetzung als Parteitag der SED/PDS am 16./17. Dezember 1989. Der Parteitag am 24./25. Februar 1990 war mit der Annahme eines vorläufigen Programms und eines neuen Statuts der organisationspolitische Abschluss dieses Prozesses und zugleich der 1. Parteitag der Partei des Demokratischen Sozialismus. Der Landesverband Sachsen-Anhalt der PDS wurde am 1. Juli 1990 in Baalberge gegründet und der 1. Landesparteitag fand am 28. Juli 1990 in Dessau statt.

Vor 15 Jahren war unser Überleben oder – besser gesagt – unser schnellstmöglicher Niedergang für viele nur eine Frage von Monaten. Die Zahl derer, die kein Vertrauen in die eigene politische Kraft hatten, war ungeheuer groß. Die Mehrheit der früheren SED-Mitglieder verließ die PDS. Die Ursachen dafür waren sehr unterschiedlich.

Viele hielten dem öffentlichen Druck nicht stand. Andere wurden und werden bis heute mit der Vergangenheit DDR und der Gegenwart BRD nicht fertig. Wieder andere wollten Karriere machen und da war die Mitgliedschaft in der PDS nur im Wege. Dieses Parteibuch war nicht mehr gefragt. Dazu kamen einige hausgemachte Skandale, auch in Sachsen-Anhalt.

Nach 15 Jahren wissen wir, dass nicht nur der Anfang ein schwerer war. Mit der Diskreditierung als „rote Socken“ oder „Ewiggestrige“ haben wir gelernt umzugehen. Durch die Arbeit tausender Kommunalpolitiker, von Abgeordneten in den Länderparlamenten, im Bundestag (wenn auch gegenwärtig nur mit unseren zwei direkt gewählten Abgeordneten) und der Gruppe im Europäischen Parlament sowie der ehrenamtlichen Arbeit vieler Mitglieder in Vereinen und Verbänden mussten wir uns nicht nur den Fragen stellen, die der gesellschaftliche Umbruch den Bürgerinnen und Bürgern brachte, sondern auch den globalen Problemen und Veränderungen des 21. Jahrhunderts. Schwieriger ist es manch-

mal, den Streit in den eigenen Reihen auszuhalten, der häufig mit Misstrauen gegen „die da oben“ (gemeint sind da meist die Vorstände und Fraktionen, egal auf welcher Ebene) verbunden ist. Wir lernten Opposition zu sein, aber auch zu tolerieren und zu regieren. Tolerieren und Regieren sind in der PDS immer noch heftig umstritten und das, obwohl die Oppositionsrolle uns nicht in die Wiege gelegt war. Wir haben inzwischen das dritte Parteiprogramm und trotzdem noch keine Antwort auf die Frage von Millionen Menschen, wie wir zu mehr Arbeitsplätzen kommen wollen. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, nannte die PDS die „Partei der Kümmerer“. Kümern ist notwendig, aber es reicht für eine politische Partei nicht. Wir brauchen politische Angebote für den Osten und für den Westen.

In einer geschichtlichen Betrachtung der 15 Jahre PDS müssten die Debatten über Partei und Bewegung, über den Stalinismus und unser Geschichtsverständnis ebenso aufge-

griffen werden wie die Konflikte und Folgen des Münsteraner Parteitages im April 2000 und die Ursachen der Niederlage bei der Bundestagswahl 2002. Auch die Frage, warum es bis jetzt keinen wirklichen Generationenwechsel auf den Führungsebenen gegeben hat, wäre zu untersuchen wie auch die nach den Kontinuitäten und Veränderungen in den kulturellen und sozialen Milieus der Mitglieder und Sympathisanten der PDS. Eine Geschichte der Arbeits- und Interessengemeinschaften steht ebenso noch aus wie die der internationalen Beziehungen der Partei. Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Arbeiten über das ehemalige Schmutzdelkind PDS, doch eine Geschichte der PDS steht noch aus. Vielleicht wäre das ein Vorhaben zum 20. Jahrestag.

Dr. Angelika Klein ist Mitglied des Landtages und Vorsitzende des Bildungsvereins Elbe-Saale e.V.



Politische Bildungstage in Bernburg

von Friedrich Schütz

Politische Bildung entscheidet maßgeblich darüber, wie Parteien ihren Aufgaben in der Gesellschaft gerecht werden. Die Bildungsarbeit unserer Partei vollzieht sich in recht unterschiedlichen Formen. Eine von ihnen, die sich in unserem Landesverband bewährt hat, sind die seit 1996 jährlich in Bernburg durchgeführten politischen Bildungstage.

Nach meiner Auffassung haben diese vor allem drei Aufgaben zu erfüllen:

Erstens das Wissen über aktuelle Schwerpunkte der Politik der PDS durch Vorträge kompetenter Referentinnen und Referenten zu erweitern und zu festigen, wobei der Diskussion über die anstehenden Probleme ein breiter Raum zu widmen ist.

Zweitens den Stand der politischen Bildungsarbeit im Landesverband einzuschätzen, darüber den Erfahrungsaustausch zu führen, die erforderlichen Schlussfolgerungen zu ziehen und so den jeweils Verantwortlichen in den Kreisverbänden Unterstützung zu geben. Hier sind wir über erste Ansätze nicht hinausgekommen.

Drittens die Bereitstellung neuester Bildungsmaterialien. Ein Schwerpunkt ist der Austausch der kleinen Zeitungen, um dadurch auch die Erfahrungen anderer Kreise nutzen zu können. Was den ersten Schwerpunkt betrifft, so ist es uns in den vergangenen Jahren gelungen, prominente Politikerinnen und Politikern wie Lothar Bisky, Hans Modrow, Christa Luft, Gabi Zimmer, Michael Brie und Dieter Klein zu gewinnen, um nur einige zu nennen. Ebenso breit war die thematische Vielfalt. Erwähnt werden sollen nur die Sozialpolitik der PDS sowie Fragen der Programmdebatte der Partei. Im Mittelpunkt des Bildungstages dieses Jahres stand der 15. Jahrestag der Gründung der PDS, wozu André Brie und Rosemarie Hein sprachen.

Bei der anstehenden Parteireform kommt der politischen Bildung in der PDS eine noch größere Bedeutung zu, was aber leider noch nicht von allen dafür Verantwortlichen so gesehen wird. Bezogen auf die Landesbildungstage erfordert das nach meiner Auffassung auch, uns in Zukunft dem angeführten zweiten Schwerpunkt mehr zuzuwenden.

Ich halte es für äußerst wichtig, in der PDS auch Traditionen zu entwickeln. Zu einer solchen Tradition sind die Bernburger politischen Bildungstage, die im Herbst des kommenden Jahres zum zehnten Mal stattfinden, längst geworden. Ihre erfolgreiche Durchführung könnte aber noch mehr als bisher durch die Teilnahme vieler Amts- und Mandatsträger unterstützt werden.

Friedrich Schütz ist Mitglied der Kommissionen Politische Bildung beim Parteivorstand und im Landesvorstand der PDS.

„I love my country, it's the government I'm afraid of“



Eine Amerikanerin, die stolz auf ihr Land ist, und sich trotzdem als „links“ bezeichnet. Geht denn das? Natürlich geht das. Angelique DellaVolpe aus Bellingham, Washington State, ist so eine. 24 Jahre alt, und sollte man

„Das Kreuz bei Kerry gesetzt, blieb am Ende jedoch nur Ernüchterung.“

sie mit zwei Worten beschreiben, wären „Ansteckende Lebensfreude“ wohl die treffendsten. 1999 kam Angelique über das Austauschprogramm Congress – Bundestag nach Deutschland. Ein Zufall war es trotzdem, dass sie ausgerechnet im regionalen Zuständigkeitsbereich des damaligen PDS-Bundestagsabgeordneten Uwe-Jens Rössel landete. Der hatte seinen Wahlkreis im Mansfelder Land, und so verschlug es Angelique schließlich nach Hettstedt, wo sie sich am Marktgymnasium voller Eifer auf das deutsche Abitur stürzte.

Im Schulalltag fand Angelique schnell Freunde, die sie alsbald in den „Fuxbau“, dem Vereinslokal der Hettstedter „ROTfuchse“ schleppten. Hier stand Kino auf dem Programm. „Das Leben ist schön“ – einer von Angeliques Lieblingsfilmen. Von da an gesellte sich die blonde Amerikanerin immer häufiger zu den linken Jugendlichen, engagierte sich und sorgte nicht zuletzt für 'ne Menge frischen Wind. Viele Freundschaften wurden geschlossen und vor ihrer vorläufigen Rückkehr in die USA, im September 2000, wurde Angelique Ehrenmitglied des Vereins.

In den USA sollte dann ihr Studium beginnen, doch irgendwie kam alles anders. Schon kurze Zeit später beschloss Angelique nach

Deutschland zurückzukehren. „In Amerika herrscht viel Oberflächlichkeit, aufgesetztes Verhalten und man weiß nicht wirklich, wo man steht. Wir leben dort in einer ausgeprägten Doppelmoral und als offener und direkter Mensch fühle ich mich in Deutschland einfach wohler“, erklärt Angelique ihre damaligen Beweggründe.

Und auch diesmal klappte alles wie geschmiert. Über den Deutsch-Amerikanischen-Austausch-Dienst (DAAD) bekam Angelique einen Platz an der Leipziger Uni und begann dort im Oktober 2001 mit ihrem Traumstudium Veterinärmedizin. Den geschichtsträchtigen 11. September, wenige Tage zuvor, verbrachte sie mit ihrer Freundin Marika noch auf Europatour zwischen Prag und Budapest. Es dauerte eine Weile bis Angelique wusste, dass es ihrer Oma in New York gut ging.

Wieder in Deutschland, wurde die frisch gebackene Studentin schließlich richtiges Mitglied der „ROTfuchse“, und bei zahlreichen Anti-Kriegs-Demonstrationen fand man sie oft in der ersten Reihe. Trotzdem stolz auf ihr Land zu sein, war für Angelique nie ein Widerspruch. „I love my country, it's the government I'm afraid of – Ich liebe mein Land, es ist die Regierung, die mir Angst macht“, so drückte Angelique stets ihr Empfinden gegenüber ihrer Heimat USA aus.

Ihr Wahlrecht, so sagt Angelique, nahm sie immer wahr. Meistens bekamen die Demokraten ihre Stimme, ab und zu auch unabhängige Kandidaten. Auch vor einigen Wochen schickte sie ihren Briefwahlzettel voller Hoffnung in die Staaten. Das Kreuz bei Kerry gesetzt, blieb am Ende jedoch nur Ernüchterung. „Kann man dieser Wahl glauben?“ war eine ihrer ersten Reaktionen. „Wenn ja“, sagt Angelique nachdenklich, „kann man Amerikaner wohl mit Schafen vergleichen. Sie haben ihren Platz, werden gefüttert und es geht ihnen gut. Ich hoffe, dass die Menschen irgendwann merken, was unter der Regierung Bush wirklich passiert.“

In neuer Verantwortung für soziale Gerechtigkeit!

von Eva von Angern und Hans-Werner Brüning, Magdeburg

Der zwölfte Stadtparteitag am 13. November war für die Delegierten der PDS in Magdeburg das erste Treffen in diesem Gremium seit der Europa- und Kommunalwahl.

Eine Frage, die sich uns noch nie gestellt hatte, war zu beantworten: Was müssen wir tun, um den großen Erwartungen, die es in der Magdeburger Bevölkerung an die PDS gibt, gerecht zu werden?

Unsere Forderungen und Vorschläge für mehr soziale Gerechtigkeit hatten im Wahlkampf große Resonanz hervorgerufen. Seit dem 13. Juni 2004 sind wir nicht mehr nur die mitgliederstärkste Partei, sondern haben erstmals die stärkste Fraktion im Stadtrat. Dort gibt es die Zwei-Drittel-Mehrheit von CDU und SPD nicht mehr. Sie verfügen zusammen mit dem Oberbürgermeister nicht einmal über die Hälfte der Stimmen. Das ist eine neue, vorteilhafte Situation für uns, aber auch die Verpflichtung, mehr als bisher für die Bevölkerung zu erreichen.

Folgende Überlegungen haben wir vor unserem Stadtparteitag angestellt:

- Wir sind mit unseren Losungen für soziale Kommunen Wahlsieger geworden. Zu berücksichtigen sind aber auch die konkreten Unterstellungen mit Aufgabenstellungen im Kommunalwahlprogramm und in wahlbereichsbezogenen Wahlaussagen.

- Die Mitglieder des Stadtvorstandes und der Stadtratsfraktion müssen abgestimmt und planmäßiger zusammenarbeiten als bisher. Ihre gemeinsame Arbeit in der Bevölkerung und deren Unterstützung schafft nämlich erst den „Rückenwind“, den die PDS im Stadtrat dringend braucht.

- Verantwortung zu übernehmen, ob im Stadtvorstand oder im Stadtrat, verlangt künftig höheren persönlichen Einsatz aller. Nicht ohne Grund enthält der Beschluss des Stadtparteitages die Aufgabe, den Stadtvorstand zu einem Zentrum der politischen Organisation unserer Parteiarbeit zu entwickeln.

- Die Kräfte der PDS sind in Magdeburg und in den benachbarten Landkreisen nicht nur zahlenmäßig beschränkt. Durch regionale Zusammenarbeit können wir aber zu enge Grenzen überwinden.

„Alle Kraft für ein lebenswertes Magdeburg, eine weltoffene Stadt für Jung und Alt, sozial, gerecht und kulturvoll“, das bleibt der Grundsatz für die Arbeit des Stadtverbandes. Dazu werden wir unsere Stärken, besonders das vertrauensvolle Miteinander mit der Magdeburger Bevölkerung, mit Bürgerinitiativen, sozial und ökologisch orientierten Bewegungen, Gewerkschaften und Kirchen ausbauen.

Wir setzen auf den Protest gegen die unsoziale „Agenda 2010“ der Bundesregierung und auf die Alternativvorschläge in der „Agenda Sozial“. Seit August 2004 gehen viele von uns mit den Menschen auf die Straße, weil wir wie sie gegen den rot-grünen Sozialraub und seine verheerenden Folgen sind. Es ist an uns, den Menschen sozial gerechte Alternativen zu erklären. Im Magdeburger Sozialforum und in den Montagsdemonstrationen suchen wir dafür Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Der Stadtparteitag hat entschieden, alles zu tun, dass der Volksentscheid für ein besseres Kinderbetreuungsgesetz am 23. Januar 2005 ein Erfolg wird. Wir werden alle zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen mobilisieren, damit der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus ihrer Eltern wieder hergestellt wird und alle Kinder uneingeschränkten Zugang zu Förderung und Bildung in der Kindertageseinrichtung haben. Der Leitantrag an den Stadtparteitag ist mit Ergänzungen beschlossen worden und unter www.pds-magdeburg.de abrufbar.

Eva von Angern ist im November erneut zur Vorsitzenden der PDS Magdeburg gewählt worden. Hans-Werner Brüning ist Fraktionsvorsitzender der PDS im Stadtrat.

Basiserfahrung

von Heidelinde Penndorf, Weißenfels

Vertreter unserer Bürgerinitiative für soziale Gerechtigkeit in Weißenfels fuhren als Gäste am 26. Oktober 2004 zur offenen Fraktionssitzung der Landtagsfraktion der PDS nach Magdeburg. Als gleichwertige Gesprächspartner sind wir herzlich in dieser Sitzung wahrgenommen worden.

Es waren auch Vertreter anderer Parteien, Verbände und der Agentur für Arbeit anwesend. Schnell wurde klar, dass Hartz IV Betroffene von diesen Vertretern schon lange ad acta gelegt worden sind, sie schon lange als „Randgruppe“ und als Verlierer betrachtet werden und das Befassen mit ihren Problemen als ziemlich lästig empfunden wird. PDS Mitglieder wiesen darauf hin, dass das Hartz IV Gesetz an den eigentlichen Problemen der Wirtschaft vorbeigeht und für die Betroffenen entwürdigend ist. Um viele Erfahrungen reicher, einige Illusionen ärmer riefen wir dann in Weißenfels zur nächsten Demonstration auf, bei der wir von der offenen Fraktionssitzung berichteten. Die PDS erhält zunehmend Zuspruch von Seiten der Demonstranten.

Seit der ersten Novemberwoche wartet nun jeder Hartz IV Betroffene voller Sorge auf seinen ALG II Bescheid. Während der Demos rufen wir zum Widerspruch gegen diese

**Agenda:
Sozial**
Kritik und Alternativen
zur Agenda 2010

www.sozialisten.de

Bescheide auf. Am 17. November 2004 haben wir anderen Betroffenen geholfen, die Widersprüche auf den Weg zu bringen. Ohne praktische Hilfe der PDS in Form von Schulungen, Vorträgen, Diskussionsabenden, Bereitstellung von Materialien und vielem mehr wäre diese Hilfe zur Selbsthilfe gar nicht machbar gewesen. Seit ich die ersten Bescheide Betroffener gesehen habe bin ich oft wütend. Ich denke, dass die Regierenden in ihrer Selbstherrlichkeit gar nicht wissen, was sie uns Betroffenen mit diesem Gesetz antun. Es

kann nicht sein, dass ein ALG II Empfänger nach Abzug der Miet- und Heizkosten nur noch 2,86 Euro pro Woche zum Leben hat. Meine Angst zum Briefkasten zu gehen wächst mit jedem Tag. Meiner Familie dann das „Urteil“ verkünden zu müssen wird für mich beschämend sein.

Deprimierend und auch unverständlich ist, dass immer weniger Leute ihr Recht zur Demonstration wahrnehmen. Viele haben resigniert, weil sie denken, dass man zwar der Regierung viele kleine Nadelstiche verpassen kann, aber die Diktatur des Geldes machtbesitzend über den Entscheidungen der Regierung thront.

Andere, zumeist Sozialhilfeempfänger, werden auf den ersten Blick ab Januar 2005 finanziell besser dastehen, auch sie kommen kaum noch zur Demo. Bedacht und durchdacht haben sie nicht, dass ab Januar die Beihilfen zum Möbelkauf, Kleiderkauf u.ä. ersatzlos gestrichen werden.

Wenn wir jetzt schweigend den Kampf gegen die Agenda 2010 und damit uns aufgeben, geben wir auch unsere Würde als Mensch auf. Wir haben die PDS-Kreistagsfraktion gebeten, einen Antrag einzubringen, dass in der ARGE ein Betroffener vertreten ist, damit wir unsere Interessen selbst vertreten können.

Streitbar für Veränderung!

Beschluss der 2. Tagung des 8. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 11. September 2004 in Leuna



Wir dokumentieren in Fortsetzung der letzten Ausgabe des *klartext* die Teile 2.2. und 2.3. des Leitantrages.

[...]

Wer Zukunft gestalten, Innovationsräume schaffen und soziale Perspektiven eröffnen will, benötigt politischen Handlungsspielraum. In Zeiten knapper Kassen und steigender Verschuldung wird dieser als kaum noch gegeben angesehen. Um so dringender steht die PDS vor der Aufgabe, Maßstäbe für ihre haushalts- und finanzpolitischen Entscheidungen zu formulieren, die unseren Vorstellungen über eine selbsttragende Entwicklung Sachsen-Anhalts gerecht werden.

2. Verantwortbarer Umgang mit Haushaltsdefizit und wachsender Verschuldung

Angesichts der angespannten Haushaltslage und der wachsenden Neuverschuldung des Landes und der Kommunen fordert die PDS eine Korrektur der Finanz- und Steuerpolitik in der EU und im Bund, eine veränderte Prioritätensetzung im Landeshaushalt sowie geänderte Rahmenbedingungen für kommunale Haushalte. Nachhaltige Finanz- und Steuerpolitik, die Handlungsspielräume für heute und morgen erhalten will, muss auf Veränderung der Haushaltsstrukturen zugunsten zukunftsorientierter Ausgaben und einer stärkeren Einbeziehung von hohen Einkommen, Kapitaleinkommen und Vermögen ausgerichtet werden. Dies setzt eine veränderte Finanz- und Steuerpolitik in der Europäischen Union (z.B. die Revision der Defizitkriterien des EG-Vertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes) und auf Bundesebene (z.B. Einführung eines Steuermodells, das nicht einseitig auf eine Belastung von Arbeit und Konsum zielt) voraus, die mit der gegenwärtigen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben Schluss macht. Da es für solche Änderungen zurzeit keine

politischen Mehrheiten gibt, müssen wir im Land und in den Kommunen unter den Rahmenbedingungen eines Haushaltsdefizits auf der Grundlage der verfehlten Steuerpolitik des Bundes, der nach wie vor stagnierenden wirtschaftlichen Entwicklung und den daraus fehlenden Steuereinnahmen und auch einer falschen Ausgabenpolitik agieren.

Diese Situation stellt auch zunehmend unsere eigenen tradierten Prioritäten und Entscheidungskriterien infrage. Wir sind aufgefordert, uns offensiv mit den Fragen der Konzentration öffentlicher Mittel, deren effektivem Einsatz und der Verschuldungsproblematik auseinanderzusetzen. Nur so können wir den finanziellen Handlungsspielraum erreichen, den wir zur Realisierung unserer politischen Schwerpunkte benötigen.

Entscheidend für die politische Bewertung haushaltspolitischer Eckpunkte im Land und in den Kommunen sind für uns die Perspektiven und Chancen der Bürgerinnen und Bürger, hier zu leben und auch zu arbeiten.

Als erstes müssen wir die Frage beantworten, welche öffentlichen Aufgaben Bund, Länder und Kommunen haben, wer welche Aufgaben zu erfüllen hat, welche qualitativen Standards an diese Aufgaben zu setzen sind und welche Finanzen dafür benötigt werden.

Aufgaben- und Ausgabenverzicht dürfen allerdings nicht dazu führen, dass die einzelnen Gebietskörperschaften auf Kosten der anderen Ebenen Konsolidierungspolitik betreiben. Daher muss die Einhaltung des Prinzips, dass bei Übertragung von Aufgaben an die Gebietskörperschaften gleichzeitig auch ihre Finanzierung gesichert werden muss, für uns höchste Priorität haben.

Die Kommunen benötigen wieder mehr Freiräume für Investitionen. Gleichzeitig sind wir gefordert, eine neue Definition des Investitionsbegriffes auf der politischen und verfassungsrechtlichen Ebene zu initiieren. Soziale Investitionen, d.h. Investitionen in Bildung,

Ausbildung, Wissenschaft, Gesundheit, sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Sie müssen als Leistungen in Humankapital gewertet und dürfen nicht länger als konsumtive Ausgaben eingestuft werden. Investitionsentscheidungen der öffentlichen Hand oder langfristige gesetzliche Bindungen müssen mit einer Untersuchung ihrer möglichen oder zu erwartenden Folgekosten und Folgeentlastungen verknüpft werden.

Ausgabenreduzierungen sind möglich durch Umstrukturierungen der öffentlichen Haushalte. Subventionen, die strukturelle Reformen verhindern oder sich nicht langfristig selbst tragen, sind Alimentierungen und müssen abgelöst werden durch Investitionen, die auf zukünftigen Ertrag für das Gemeinwesen gerichtet sind.

Zur Demokratisierung der Haushaltspolitik der Kommunen ist die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger notwendig. Partizipative Haushalte können eine Grundlage für eine transparente Kommunalpolitik für und mit den Bürgerinnen und Bürgern werden. In Verbindung mit einer kommunalen Investitionspauschale hätten die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen und so auch Investitionen in Schulen, Kitas, Sportstätten oder Kultureinrichtungen zu ermöglichen, wenn es die Mehrheit will. Damit wäre zugleich die Chance einer Aufwertung nicht ausschließlich wirtschaftsorientierter Standortfaktoren gegeben.

Die gegenwärtige Politik der Entschuldung und Haushaltskonsolidierung führt in eine Sackgasse. Öffentliche Aufträge bleiben aus, damit fehlt den Unternehmen die Arbeit und in den Kommunen entstehen einerseits ein Sanierungsbedarf und andererseits ein wirtschaftlicher Niedergang, der zu noch mehr Arbeitslosen führt und damit zu weniger Einnahmen. Zur Haushaltskonsolidierung und -gestaltung kann deshalb mittel- und langfristig eine Verschuldung dienen, wenn die durch Schuldenaufnahme mehr zur Verfügung stehenden Mittel auf der Grundlage klarer Kriterien für Wertschöpfung, Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Arbeitsplatzschaffung genutzt werden. Eine Neuverschuldung zum Abbau vorhandener Schulden dagegen ist gegenwärtig kontraproduktiv, denn damit ist keine Chance einer Steigerung der Einnahmen verbunden.

In einer Zeit, in der Entscheidungen der herrschenden Politik massiv in die Lebensbedingungen des einzelnen Bürgers eingreifen und ihn mit dem Verweis auf die Alternativlosigkeit zunehmend entmündigen, wird die Forderung nach mehr direkter Demokratie und Mitwirkung für den Einzelnen immer mehr erlebbar. Nur die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte kann wirksames Gegengewicht gegen Sachzwänge einer kapitaldominierten Gesellschaft hervorbringen.

3. Kommunale Daseinsvorsorge als Voraussetzung für Demokratie, Selbstverwirklichung und Eigenverantwortung

Kommunale Daseinsvorsorge ist eine der Voraussetzungen für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung und zugleich Gegenstück zu zentralstaatlicher Bevormundung und erstickender Überregulierung. Neben den traditionellen Bestandteilen der Daseinsvorsorge setzt die Modernisierung der Gesellschaft neuartige Schwerpunkte: darunter vor allem die direkte politische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern, vielfältige Angebote für Selbstentfaltung und lebenslanges Lernen. Die Vielfalt der Interessen bedarf der Vielfalt an Angeboten. Die Wahrnehmung dieser neuen ebenso wie der traditionellen Säulen der Daseinsvorsorge wird durch Massenarbeitslosigkeit und daraus resultierender privater Armut großer Teile der Bevölkerung und nicht zuletzt vor dem Hintergrund leerer kommunaler Kassen ausgebremst.

Linke Kommunalpolitik muss der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken. Angesichts der drohenden Auswirkungen sozial ungerechter Reformpolitik der Bundesregierung geht es deshalb vor allem um die Abfederung der Folgen von Armut. Solange Menschen in sozialen Notlagen trotz ihrer gesellschaftlichen Ursachen allein verantwortlich gemacht werden, solange die Privatisierung der Lebensrisiken zur vermeintlich einzigen Alternative eines reformbedürftigen Sozialstaates erklärt wird, müssen die Kommunen vor allem Voraussetzungen für Selbstbestimmung und Eigenständigkeit aller Menschen sichern.

Entstaatlichung braucht eine linke Alternative: die Stärkung dezentraler und zivilgesellschaftlicher Strukturen. Wir betrachten die Bürgergesellschaft als Korrektiv zwischen Markt und Staat, denn ein Rückzug des Staates darf nicht einzig und allein ein Gewinn für den Markt werden.

Die staatlichen Ebenen, der Bund wie auch das Land, müssen dem Gemeinwohl verpflichtet bleiben, in dem sie die finanziellen, materiellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen (qualitative Standards) für alle Bereiche der Daseinsvorsorge gewährleisten.

Daseinsvorsorge ist die Grundlage für das soziale Leben in den Kommunen. Sie soll Hilfe, Beratung, Grundsicherung und Entlastung für Bürgerinnen und Bürger sein, um ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern.

Politik vor Ort ist überschaubar und deshalb das Feld unmittelbarer Demokratie. Sie ist effizient, weil sie problemorientiert und sachgerechter handeln kann, weil mit ihr unkonventionelle Lösungen möglich sind. Sie fordert direktes politisches Engagement von Menschen heraus.

Politik vor Ort ist deshalb am besten in der Lage, die Bedarfe von Menschen auszumachen, Schwerpunkte zu setzen und verschiedene Ressourcen zu bündeln, um die

Lebensqualität von Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern, soziale Ungerechtigkeiten abzubauen und regionale Ungleichheiten auszugleichen, Eigenverantwortlichkeit und Selbsthilfe herauszufordern und stark zu machen.

Kommunale Selbstverwaltung wie auch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte sind immer auch ein Gegengewicht zu den Entscheidungszwängen einer kapitaldominierten Gesellschaft.

Für uns bildet die Entwicklung regionaler Leitbilder der Daseinsvorsorge einen diskussionswürdigen Ansatz. Darin formulieren Kommunen und Regionen eigene politische Schwerpunkte der Daseinsvorsorge, darunter z.B. den Umfang der Angebote – natürlich im Rahmen der von staatlicher Seite vorgegebenen finanziellen und qualitativen Rahmenbedingungen. Partizipative Haushalte in den Kommunen sollen über die Verwendung der kommunalen Finanzen in Anlehnung an das beschlossene Leitbild mitentscheiden.

Wir plädieren für einen stärkeren Verzicht des Landes auf eine „Politik der goldenen Zügel“, denn zentralisierte Mittelbewirtschaftung und politische Steuerungsvorbehalte sind nicht in jedem Fall ein Bestandsschutz für geförderte Institutionen und Strukturen. Ein erster Schritt dazu wäre die Überführung zweckgebundener pauschaler Mittel des Lan-

des für Aufgaben der Daseinsvorsorge an die Kommunen.

Damit verbunden ist eine deutliche Stärkung der Kommunalpolitik. Die PDS erneuert deshalb ihre Forderung nach einer umfassenden Kommunalisierung von Aufgaben im Rahmen einer Gebietsreform.

Die PDS streitet für eine stärkere Förderung der freien Träger, der Interessenverbände und Bürgerinitiativen, vor allem aber ihrer örtlichen und regionalen Strukturen hinsichtlich selbstverantwortlich organisierter Angebote.

Im Sinne direkter demokratischer Teilhabe schlagen wir die Herausbildung von Bürgerkommunen, insbesondere die Einführung von Bürgerhaushalten, vor. Voraussetzung dafür ist nicht zuletzt der Wille aller Beteiligten und Betroffenen zur Konsenssuche.

Den Kommunen, vor allem ihren Einwohnerinnen und Einwohnern, muss mehr Entscheidungsfreiheit über effiziente und betriebswirtschaftlich günstige Trägerschaften für ihre Angebote zugestanden werden, wodurch die Chancengleichheit bei deren Nutzung für alle Bürgerinnen und Bürger gesichert bleiben muss.

Wir sollten uns als eine Partei profilieren, die für den Anfang eines neuen und offenen Wandlungsprozesses steht – in Ost und West. Aufbruchstimmung müssen wir ausstrahlen und inhaltlich untersetzen!

Liebe Leserinnen und Leser,

vor mehr als zwei Jahren starteten ein paar Unentwegte mit dem Projekt „Landeszeitung der PDS“. Wenige Monate später, im März 2003, erschien die erste Ausgabe des klartext. Dies nun ist die neunte und meine letzte als Chefredakteur.

Ich möchte mich zuallererst bei den mittlerweile vielen und treuen Leserinnen und Lesern unseres Magazins bedanken, schließlich haben wir für Sie dieses Blatt entwickelt und schließlich wäre dieses Blatt ja auch nichts ohne Sie. Aber natürlich geht auch ein ganz persönlicher Dank an mein Redaktionsteam. Ihr wart und seid großartig, und ich wünsche euch auch in Zukunft viel Erfolg. Last but not least ein herzliches Dankeschön an die zahlreichen Spenderinnen und Spender. Mit Ihrer Hilfe ist es uns seit zwei Jahren möglich, das Magazin Kosten deckend zu produzieren.

Natürlich gehe ich nicht gänzlich ohne Wehmut. Die Arbeit als Chefredakteur hat unglaublichen Spaß gemacht. Aber ein Wechsel ist immer auch eine Chance – gerade für ein solches Magazin. Und so bin ich persönlich sehr gespannt darauf, mit welchem Gesicht sich der klartext im nächsten Jahr präsentieren wird.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Spenderinnen und Spender, halten Sie wie ich diesem Magazin auch in Zukunft die Treue. Sachsen-Anhalt hat eine linke Stimme im Blätterdschungel mehr als verdient!

*Herzlichst, Ihr Matthias Höhn
Chefredakteur*

klartext

Briefe aus dem Landtag

Alfred Dittberner, Abgeordneter

Mensch Ete, altet Haus,
 hast ja recht, war aber keene Faulheit, dass solange nischit kam. Erst die „parlamentarische Sommerpause“ – unsereena brauch ja ooch mal Ruhe von die Politik, da sind zwee Monate nicht viel – na ja, und denn is hier ooch janz schön was los!
 Schon die zwee Untasuchungsausschüsse; Mann, det schlaucht. Nee nee, nich vom Kopp, aber die schöne Zeit! Die janzten dämlichen Fragen von die Opposition, jehit auf die Ketten. Aber natürlich funktioniert det alles richtig: Vorher jut abstimmen, alle müssen detselbe sagen, alle müssen dichthalten – denn passiert jarnischt. Aber mal janz unter uns, sage ick ooch nur zu Dir: Watt manche Ober-Beamte hier so ablassen und machen, det is schon hammerhart. Sind doch Subalterne, die Typen, benehmen sich aber, als ob'se die Kings sind. Janz schön unvaschämt manchmal. Klar, wir lassen die nicht auflaufen, aber trotzdem – manchmal kommt janz schön die Galle hoch! Wir sind schließlich vom Volk jewählte Abgeordnete, aber die behandeln uns wie die Deppen. Na ja, jehört wohl zum Jeschäft, ab Januar jibts mehr Diäten, da können wir schon watt verschmerzen. Und im nächsten Leben werde ick Ober-Beamter, häh!
 Aber ooch sonst nur Ärger. Hat doch tatsächlich dieset bescheuerte Volksbegehren jenug Untaschriften für een Volksentscheid jesammelt, für die Betreuung von die Kinder. So'n Quatsch, Kinder jehörn schließlich imma noch zu Muttern nach hause! Na ejal, muss det Volk eben an die Urnen, aber unser Minister hat sich wat tollet einfallen lassen! Ne halbe Million im Haushalt jebunkert, da können wir natürlich den Leuten jut erklären, dass det allet Quatsch is mit dem Volksentscheid, mit Anzeigen in die Zeitungen und so. Is zwar ooch so'n Libaraler, der Typ, aber na ja... Außadem – det is im Januar, da is kalt, da jeh'n die Leutchen eh nich raus. Hat sowieso kaum noch jemand Kinder, häh!
 Mit dem Jeld jibt det ooch sonst jede Menge Ärger. Unsere Oberen von die Regierung fanden, wir machen mal so'nen Doppelhaushalt für zwee Jahre. Is ja ooch nich so blöd, da jibt's den Ärger nich im Wahlkampf. Aba weeiß ja ooch keena so genau, wat in'em halbe Jahr is. Die ham da so komische „Steuerschätzungen“, da erzähl'n uns die Eierköppe (sind bei uns die Wissenschaftla) imma, dass viel weniger Jeld da is, als'se selba jedacht haben. Schöner Mist! Und unser Oberfinanzer, det is ja ooch so'n Eierkopp, Libaraler noch dazu. Irjedwie sind die Typen alle nich so bodenständig wie wir, watt der manchmal so in die Zeitung ablässt – da kriegste det kalte Grausen. Und unsa Ministapräsident – juter Mann – erfährt det dann nur aus die Zeitung, peinlich.
 Aber manchmal sind ooch unsere peinlich – stellen die roten Säcke doch so'ne „Große Anfrage“, wie det den Abschiebebehäftlingen hier so jehit. Als ob det jemanden intaressiert! Und unsa Minister, also der war von die Rolle, hat da Sachen erzählt, die die von den Roten noch jar nich so richtig wussten. Wir ha'm uns alle nur anjeguckt – kommt ooch in die Jahre, der jute Mann.
 Also Ete, hier is immer watt los!

Bis denn – Dein Kumpel Aldi

P.S.: Äh, da is noch so'n Oberhammer: Die drei andern Fraktionen in det Hohe Haus haben inzwischen alle neue Chefs, ratzpatz jing det. Wir sind natürlich stabil. Aber det Schärfst: Bei so'ner bescheuerten Umfrache ha'm die jeschrieben, den „Beliebtheitsgrad“ von denen könn' se nich anjeben. Weil die keena kennt. Da ha'm wa vielleicht jewiehart – uns kennen die Leutchen, und wetten? Die wer'n uns noch viel besser kennen lernen!

Impressum

klartext – Magazin der PDS Sachsen-Anhalt

Herausgeber: Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

Chefredakteur: Matthias Höhn (MdL)

Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Corinna Grundmann, Monika Krüger, Anke Lohmann, Katja Müller, Sven Barquet, Matthias Gärtner (MdL), Dr. Martin Reso, Achim Spaeth

Satz/Layout: Andrea Johlige

Druck: UngerDruck, Barleben

Auflage: 7.400 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29. November 2004 · klartext erscheint einmal im Quartal.

Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der PDS Sachsen-Anhalt.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrer Kürzungen ausdrücklich vor.

Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Anschrift: PDS-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion klartext, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg

Fon: 03 91/7 32 48 40, **Fax:** 03 91/7 32 48 48, **E-Mail:** landesvorstand@pds-sachsen-anhalt.de

Mein Weg zur PDS

Leserbrief

Ich bin Juliane Heuser und 19 Jahre alt. Seit dem 13. Juni 2004 bin ich Gemeinderätin in Edersleben/Landkreis Sangerhausen. Wie kam es dazu?

Mein Vater ist seit 1976 Mitglied der SED/PDS. In der Wendezeit wurde auch bei uns viel darüber gesprochen, wie es weitergeht. Mein Vater entschloss sich, das Parteibuch nicht wegzuerwerfen und weiterhin in der PDS mitzuarbeiten.

Für mich war es damals schön mit auf PDS-Veranstaltungen und Versammlungen zu gehen. Mein Vati war (und ist noch heute) beruflich auf Montage tätig und diese Veranstaltungen waren jeweils ein gemeinsames Erlebnis mit ihm. Ich erinnere mich noch, wie Hans Modrow mich in der Gaststätte „Sonnenland“ auf den Arm genommen hat, damals war ich fünf.

Ich war bei allen wichtigen Veranstaltungen der PDS dabei und die vielen Gespräche über die Vergangenheit (mein Urgroßvater war im KZ) ließen in mir die Überzeugung reifen, dass dies meine politische Heimat ist.

Manchmal auch verlacht von meinen Mitschülern und Freunden ging ich diesen Weg konsequent. Daraus folgte mit 17 Jahren mein Eintritt in die PDS.

Am Aufbau unserer Jugendinitiative „Rote Rose“ habe ich einen großen Anteil. Begonnen hatten wir mit den Mahnwachen gegen den Krieg im Irak und dem Basteln von Friedenskranichen. Daraus entstand die Idee zur „Roten Rose“.

Jetzt liegt es an uns Jugendlichen (wir sind zurzeit sieben aus Sangerhausen und Umgebung), die Traditionen und Erfahrungen von euch „Alten“ zu bewahren und zu nutzen und wir sind deshalb für jede Unterstützung dankbar. Aber bringt auch eure Kinder und Enkel mit zu den Veranstaltungen der PDS. Denn nur so werden junge Menschen an Tages- und Welt-politik herangeführt und auch in der PDS gehört die Zukunft der Jugend.

Juliane Heuser, Edersleben

Liebe Leserinnen
und Leser!



Wir wünschen Ihnen und
Ihren Lieben ein frohes
und besinnliches Weih-
nachtsfest und alles
Gute für das Jahr 2005.



Ihre Redaktion

